

**Angriff auf Umwelt-, Natur- und Klimaschutz stoppen:  
Hände weg von Gemeinwohl, Zivilgesellschaft und Demokratie!**

Saubere Atemluft, reines Trinkwasser, gesunde Lebensmittel, intakte Natur – das sind unverzichtbare Grundlagen unseres Lebens. Geschützt werden sie nicht zuletzt durch wirkungsvolle Gesetze. Doch in Bayern, Deutschland und der EU gehen Akteur\*innen aus Politik und Wirtschaft gerade konzertiert daran, diese Schutzgesetze aufzuweichen, zu beschneiden oder sogar ganz abzuschaffen. Sie verunglimpfen diese als „Bürokratiemonster“ und Hemmnis für Wirtschaft und ungebremstes Wachstum, als würden die natürlichen Ressourcen unbegrenzt zur Verfügung stehen, als gäbe es keine Klima- und Biodiversitätskrise. Unter dem eingängigen Slogan des Kampfs gegen Bürokratie wird eine beispiellose Deregulierung zugunsten von lautstarkem Konzernlobbyismus und zulasten des Gemeinwohls durchgeführt.

So wollen in der EU neoliberale, konservative und extrem rechte Kräfte gemeinsam den Green Deal rückabwickeln. Unterhändler\*innen von Europäischem Parlament, Rat und Kommission planen eine weitreichende Deregulierung für neue genomische Techniken. In Deutschland soll mit dem Infrastruktur-Zukunftsgesetz Straßenbau und Flächenverbrauch erleichtert und im Interesse der fossilen Gas-Lobby die Wärmewende und der Ausbau der Erneuerbaren Energien ausgebremst werden. Und auf Landesebene ermöglichen die sogenannten Modernisierungsgesetze wieder den rücksichtslosen Gebrauch und Verbrauch von Natur, Landschaft und Ressourcen, in Teilen als überragendes öffentliches Interesse deklariert und in ihrer Durchsetzungskraft noch gesetzlich verstärkt. Das alles greift die Grundpfeiler eines nachhaltigen Wirtschaftens, vorausschauenden Ressourcengebrauchs und zukunftsfähiger Arbeitsplätze ebenso an, wie unsere direkten Lebensgrundlagen und ein friedliches Zusammenleben auf diesem Planeten.

Diese rückwärtsgewandten Bestrebungen gehen einher mit dem größten Angriff in den letzten Jahrzehnten auf die Zivilgesellschaft und damit auch auf uns.

Denn der Abbau des gesetzlichen Schutzes von Natur und Umwelt soll gleichzeitig mit dem Abbau von Klage- und Beteiligungsrechten erfolgen. Die berechtigten Anliegen von Naturschützer\*innen werden marginalisiert. Mehr noch: Natur- und Umweltschützer\*innen werden beschuldigt, dem Fortschritt und dem Wohlstand im Weg zu stehen und so die Zukunft zu verspielen. Dieser in die Gesellschaft hineingetragene Kulturkampf ist ein Angriff auf die gesamte Gesellschaft, da (wieder) das Recht des Stärkeren gilt. Das zerstört das Vertrauen in die Politik, unterminiert den Willen zur politischen Mitgestaltung und treibt die Menschen demokratiefeindlichen Parteien zu. Wenn Beteiligungsrechte zum Schutz des Gemeinwohls verloren gehen, schadet das der gesamten Gesellschaft.

**Wir fordern daher von allen bayerischen Politiker\*innen auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene, die als „Bürokratie-Abbau“ und Beschleunigungsgesetze verschleierte Angriffe auf jahrzehntelang bewährte Errungenschaften der Beteiligung und des Gemeinwohlschutzes sofort zu stoppen. Wir erwarten, dass sie sich in ihren Parteien und den Parlamenten für mehr statt weniger Natur-, Umwelt- und Klimaschutz einsetzen und die ungebremste Ausbeutung unseres Planeten stoppen.**

**Wir appellieren an die bayerischen Politiker\*innen, dringend Schutzregeln wie die FFH-Richtlinie, die Wasserrahmenrichtlinie und die ökologisch, sozial und auch wirtschaftlich sinnvolle Verordnung zur Wiederherstellung der Natur endlich konstruktiv, pragmatisch, aber anspruchsvoll umzusetzen, statt dagegen zu polarisieren und Abschwächungen oder gar deren Abschaffung zu fordern. Wir erwarten, dass nicht Ängste geschürt, sondern sich zu Schutzziele bekannt und auch finanzielle Anreize für die Umsetzung gesetzt werden.**

**Insbesondere vom EVP-Vorsitzenden Manfred Weber als einem zentralen bayerischen Akteur in diesem Prozess fordern wir ein rückhaltloses Bekenntnis zur Bewahrung unserer Lebensgrundlagen und ein entsprechendes Handeln im Sinne des Gemeinwohls und nicht der Interessen Einzelner.**

Wir fordern die Staatsregierung auf, nicht länger an fossilen Energien festzuhalten und damit auch noch geopolitische Abhängigkeiten zu zementieren, die heute problematischer sind denn je.

**Diese rückwärtsgewandte Politik ist nicht modern, sondern verantwortungslos.** Sie verschärft die Biodiversitäts-, Klima- und Wasserkrise, die Kosten dafür zahlen wir alle. Zudem schwächt sie bereits jetzt die Planbarkeit und die Wettbewerbsfähigkeit und damit die Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftens.

**Wir sagen** „Hände weg von der Natur“ und all den sinnvollen und nötigen Schutzregeln. Dafür wollen wir uns aktiv in Bündnissen einsetzen. Neben dem bereits laufenden Einsatz in der „Hands Off Nature“ Kampagne, wollen wir uns in der kommenden Kampagne Take back Control von Young Friends of the Earth Europe beteiligen, die im November 2026 starten wird.

**Wir wissen** dabei die Wissenschaft und viele nachhaltig orientierte Partner\*innen auch in der Wirtschaft und in vielen Kommunen hinter uns.

**Wir verteidigen** die Schutzregeln für das Gemeinwohl – im politischen Diskurs, vor Gericht und im Alltag.

**Wir stellen uns gegen** die Tech-Milliardäre und die Trumpist\*innen, die unsere Gesellschaft zurück in die Herrschaft des Faustrechts und der Ungleichheit stürzen wollen.

**Wir vertreten selbstbewusst** unsere Rechte als Akteur\*innen der Zivilgesellschaft. Die Verbandsklage dient nicht Einzelinteressen, sondern der Umsetzung geltenden Rechts und der Verteidigung von Natur, Klimaschutz und anderen Gemeingütern – für uns alle.

**Wir setzen uns ein** für demokratische Prozesse und verurteilen Bestrebungen, die Demokratie zu schwächen.

**Wir sehen uns in dieser Auseinandersetzung in einer gesellschaftlichen Mehrheit**, die vielen Umfragen und Studien zufolge das Wohl aller Menschen und künftiger Generationen zum Ziel hat.